



HESSISCHER LANDTAG

11. 02. 2014

WVA

**Dringlicher Berichts Antrag
der Abg. Gremmels, Hofmeyer, Neuschäfer, Rudolph, Warnecke,
Waschke (SPD) und Fraktion
betreffend Trassenverlauf der Gleichstromverbindung Sued.Link**

Die Netzbetreiber Tennet und Transnet BW haben einen ersten Vorschlag für die 800 Kilometer lange Haupttrasse des Projekts "Sued.Link" präsentiert. Ein größerer Teil der Route führt auch durch Hessen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (WVA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. In welcher Weise war und ist das Land bei der Bedarfsermittlung, der Planung und Durchführung des Projekts "Sued.Link" eingebunden?
2. Wie hat das Land dabei die potenziell betroffenen Kreise, Städte und Gemeinden sowie die Bürger in die Planung eingebunden?
3. Wie wird die Landesregierung dafür sorgen, dass die Planung in einem transparenten Verfahren erfolgt?
4. Wie bewertet die Landesregierung das Projekt und den geplanten Trassenkorridor?
5. Welche direkten Vorteile hat Hessen von der geplanten Gleichstromtrasse, wenn auf hessischem Gebiet Strom weder ein- noch ausgespeist wird?
6. Wie bewertet die Landesregierung die Aussagen des bayerischen Ministerpräsidenten, dass die geplante EEG-Reform den Netzausbau in der geplanten Form unnötig macht?
7. Werden vor dem Hintergrund der beschlossenen Abschaltung von Atomkraftwerken im Stromimportland Bayern - insbesondere des AKW Grafenrheinfeld - ohne Gleichstromtrasse die Stromversorgung und die Netzstabilität in der Rhein-Main-Region gefährdet werden?
8. Wie bewertet die Landesregierung die Ankündigung des Vorhabenträgers, aufgrund des bayrischen Moratoriums auch in Hessen alle öffentlichen Informationsveranstaltungen abzusagen?
9. Wie bewertet die Landesregierung die Möglichkeit, einen Teil der HGÜ-Trasse als Erdkabel zu führen?
10. Welche Abschnitte der Trasse auf hessischem Boden könnten nach heutigem Stand als Erdkabel geführt werden?
11. Welche Auswirkung in Bezug auf Bürgerbeteiligung, Akzeptanz und Umsetzungsgeschwindigkeit hat aus Sicht der Landesregierung die Tatsache, dass nicht wie bisher die Regierungspräsidenten für den Planungs- und Genehmigungsprozess zuständig sind, sondern die Bundesnetzagentur?
12. Wie wird sich die Landesregierung in den weiteren Planungsprozess einbringen?

Wiesbaden, 11. Februar 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

**Gremmels
Hofmeyer
Neuschäfer
Rudolph
Warnecke
Waschke**